

K+S will mehr Salz in Flüsse einleiten

Die Grünen fordern Umweltminister Olaf Lies (SPD) auf, die Pläne in Hessen zu stoppen – doch der reagiert eher zurückhaltend

Von Marco Seng

Hannover. Die Salzbelastung der Weser soll bis 2027 drastisch gesenkt werden. Darauf hatten sich die betroffenen Bundesländer mit der Kaliindustrie verständigt. Doch der 2016 von Hessen, Thüringen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bremen beschlossene Plan scheint in Gefahr. Der Kaliproduzent K+S will zusätzliche Salzabfälle in einen Weser-Zufluss einleiten. Das Bergbauunternehmen begründete das mit hohen Produktionskosten.

6,7 Millionen Kubikmeter

Grüne und Umweltschützer in Niedersachsen sind empört. Kritik kommt auch aus Thüringen und Nordrhein-Westfalen. Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) würde dagegen offenbar eine

entsprechende Genehmigung durch die hessischen Behörden akzeptieren.

Das Bergbauunternehmen K+S hat beim Regierungspräsidium Kassel beantragt, von 2021 bis 2027 jährlich maximal sechs bis 6,7 Millionen Kubikmeter Salzabwasser in den Fluss Werra pumpen zu dürfen. Damit würden nicht nur die Salzeinleitungen langsamer gesenkt als geplant, sondern möglicherweise auch die vereinbarten Grenzwerte bei der Schadstoffbelastung der Gewässer nicht eingehalten werden können. Das Regierungspräsidium Kassel hält eine Umweltverträglichkeitsprüfung für notwendig.

Auch Niedersachsen hat eine Stellungnahme dazu angekündigt. „Über den Antrag des Unternehmens K+S hat das Regierungspräsidium Kassel zu entscheiden“ erklärte Lies in der Antwort auf eine An-

frage der Grünen im Landtag. „Es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass das Regierungspräsidium Kassel das Verfahren nicht sachgerecht führt und zu einer rechtmäßigen Entscheidung kommen wird.“

„Es ist erstaunlich, dass Umweltminister Olaf Lies anders als seine grüne Kollegin in Thüringen sich



Ein Einleitungsrohr für Salzabwasser am Ufer der Werra in Philippsthal in Hessen.

FOTO: UWE ZUCCHI/DPA

nicht gegen den Antrag von K+S, über sechs Millionen Tonnen Salzabfälle jährlich in die Werra und Weser einzuleiten, eintritt“, sagte Grünen-Fraktionsvize Christian Meyer der HAZ. Die thüringische Umweltministerin Anja Siegesmund (Grüne) hatte den Antrag von K+S kritisiert und gefordert, die Werte wie geplant zu senken.

Geschwüre bei Fischen

„Unsere Weser darf kein Abwasserkanal für Industrieabfälle bleiben“, sagte Meyer. Angler berichteten immer wieder von Fischen mit schweren Geschwüren durch die Salzbelastung. Der Grünen-Politiker forderte Lies auf, entschieden für „die Einhaltung der 2016 vereinbarten Grenzwerte für eine saubere Weser“ einzutreten. Meyer verwies darauf, dass nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie alle Flüsse bis spätes-

tens 2027 in einen guten ökologischen Zustand versetzt werden müssten.

Die Grünen vermuten einen Zusammenhang mit der 2018 von Lies erteilten Genehmigung für ein neues Kalibergwerk im Landkreis Hildesheim durch das Unternehmen K+S. „Der Eindruck besteht, dass für Lies wirtschaftliche Interessen der Kaliindustrie wichtiger sind als eine saubere Weser“, sagte Meyer. Sollte es einen Bezug geben, wäre das skandalös.

Im Streit um die Salzabfälle war auch über eine Pipeline an die Nordsee oder die Weser diskutiert worden. Niedersachsen hatte das aber abgelehnt. Um die Einleitungen zu verringern, will K+S Produktionsabwasser in stillgelegte Bergwerke einlagern. Die Transportkosten sind dem Unternehmen aber derzeit zu hoch.